

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die ohnehin hohe Gefahr eines großen Krieges im Mittleren Osten ist in den letzten Monaten
- 2 nochmals zusätzlich gestiegen. Eines der Hauptprobleme ist dabei die Drohung Irans mit der
- 3 Wiederaufnahme des Atomprogramms, das an seinem Ende zum Ausstieg aus dem NVV und zur
- 4 atomaren Bewaffnung Irans führen könnte. In dieser Entwicklung droht ein militärisches
- 5 Eingreifen zur Verhinderung dieses Zieles durch andere Staaten der Region und/oder durch die
- 6 USA sowie die atomare Aufrüstung weiterer Staaten der Region.
- 7 Die letzte Eskalationsspirale im Konflikt zwischen den USA und Iran wurde durch den
- 8 einseitigen Ausstieg der USA aus dem Iran-Nuklearabkommen (Joint Comprehensive Plan of
- 9 Action, JCPOA) durch US-Präsident Trump im Mai 2018, während Iran alle vertraglichen
- 10 Verpflichtungen nachweislich einhielt. Seit dem Ausstieg der USA wurden von US-Seite
- 11 einseitig die Wiedereinführung und Verstärkung von nationalen Sanktionen beschlossen. Deren
- 12 Ziel ist es, Iran – bisher ohne Erfolg – im Rahmen einer Politik des „maximalen Drucks“ zu
- 13 weitreichenden Konzessionen in Hinblick auf sein ballistisches Raketenprogramm und sein
- 14 regionales Verhalten sowie einem neuen allumfassenden Abkommen zu bewegen. Der Vertrag
- 15 droht
- 16 dadurch als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument in seiner Gesamtheit zu
- 17 scheitern.
- 18 Ein Ende des Iran-Nuklearabkommens würde nicht nur eine Katastrophe für die Region mit
- 19 unüberschaubaren Konsequenzen einer möglichen Aufrüstungsspirale und eines nuklearen
- 20 Wettrüstens bedeuten. Es würde auch ein fatales Signal der Unverlässlichkeit und damit
- 21 Verhandlungs- und Vereinbarungsunfähigkeit an Staaten wie Nordkorea senden, welche durch
- 22 diplomatischen und wirtschaftlichen Druck von ihrem Drang nach Atomwaffen abgebracht
- 23 werden
- 24 sollen. Wir fordern, dass die EU ein deutliches Gegengewicht zur Logik von Drohungen und
- 25 Gegendrohungen setzt, welcher die Regierungen der USA und des Irans und weitere Akteure
- 26 aktuell folgen. Diese Logik birgt eine enorme Gefahr für Fehlkalkulationen und eine
- 27 Eigendynamik im schlimmsten Fall bis hin zum Krieg.
- 28 In seiner Resolution 2231^[1] fordert der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen alle
- 29 Mitgliedsstaaten auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen um die Umsetzung der Vereinbarung
- 30 zu
- 31 unterstützen und gleichzeitig Maßnahmen zu unterlassen, welche der Umsetzung der
- 32 Verpflichtungen aus dem Iran-Nuklearabkommen entgegenstehen. Der einseitige Ausstieg der
- USA
- und die Verhängung unilateraler US-Sanktionen bewirken das Gegenteil.
- Das Nuklearabkommen versprach Iran für eine Begrenzung seiner Nuklearaktivitäten
- Sanktionserleichterungen und damit einhergehende wirtschaftliche Entwicklung. Das ist

33 gescheitert, obwohl sich die anderen Parteien der Vereinbarung – Russland, China,
 34 Frankreich, Großbritannien und Deutschland – gegen die US-amerikanische Linie gestellt
 35 haben. Die Dominanz des US-Dollars im Welthandels- und Finanzsystem und die Bedeutung des
 36 US-Marktes für europäische Banken und Unternehmen versetzt die US-Regierung in
 übergriffiger

37 Art und Weise in der Lage, durch ihrer einseitigen Sanktionen nicht nur US-Unternehmen,
 38 sondern eben auch alle anderen – die irgendwelche Handels- oder Finanzbeziehungen mit US-
 39 Unternehmen haben – unter Druck zu setzen (Sekundärsanktionen).

40 Den europäischen Vertragspartnern fehlt erkennbar der politische Wille, aber auch die
 41 Handlungsmöglichkeit, sich der US-Regierung in diesem Punkt offen entgegen zu stellen. Alle
 42 bisherigen Versuche, die Sanktionen der USA abzumildern, sind durch den politischen und/oder
 43 wirtschaftlichen Druck der USA gescheitert.

44 Ein wesentlicher Lösungsansatz kann eine EU-europäische Initiative werden, den Ausbau der
 45 Erneuerbaren Energien durch staatlich abgesicherte, multilaterale Investitionsprogramme für
 46 Entwicklungsprojekte voranzutreiben. Der Ausbau der Energieversorgung wird unmittelbar der
 47 iranischen Bevölkerung zugutekommen. Im Gegenzug sollte der Iran auf die Nutzung der
 48 Atomenergie verzichten, womit ein verborgenes Atomwaffenprogramm in den Atomreaktoren
 49 unmöglich wird.

50 Wir schlagen daher vor, Iran zu einer 0%-Verzinsung die Geldmittel zur Verfügung zu
 51 stellen, um in wenigen Jahren seine Stromerzeugung zum größten Teil auf Wind-, PV-, Geo- und
 52 Solarthermie-Energie umzustellen. Die Forschungsgrundlagen des DESERTEC-Projekts werden
 Iran

53 dabei zur Verfügung gestellt, genauso wie eine für Iran kostenfreie Unterstützung durch
 54 Beratung und Planung. Eine weitflächige Vernetzung mit den Nachbarstaaten der Region ist
 55 anzustreben.

56 **Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in der EU für eine solche Initiative
 einzusetzen**

57 **und Iran ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten.**

58 Um die Problematik zu entschärfen und einer Lösung näher zu bringen fordern wir weiter, dass
 59 ...

- 60 • dass alle Maßnahmen der EU und der Bundesregierung auf eine Deeskalation im Konflikt
 61 zwischen USA und Iran ausgerichtet sind. Vor diesem Hintergrund lehnen wir die US-
 62 Militärmission „Sentinel“ in der Straße von Hormus und eine deutsche Beteiligung daran
 63 ab. Die Freiheit der internationalen Schifffahrt und die maritimen Handelswege stehen
 64 für uns nicht zur Disposition. Einem Einsatz der Bundeswehr im Persischen Golf werden
 65 wir nur im Rahmen einer völkerrechts- und grundgesetzkonformen Mission zustimmen.
- 66 • die Bundesregierung und die EU sich weiter im Rahmen der GASP (Gemeinsame Außen-
 und
 67 Sicherheitspolitik) zusammen mit den übrigen Parteien der Vereinbarung China und

68 Russland dafür einsetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung als zentrales
69 Rüstungskontrollpolitisches Instrument zu bewahren.

70 • die Bundesregierung alle denkbaren Maßnahmen ergreift, um wirtschaftliche Aktivitäten,
71 die nach europäischem Recht legal sind, abzusichern und den Handel mit Iran aufrecht
72 zu erhalten.

73 • die EU mittelfristig geeignete Maßnahmen ergreift, um ihre Widerstandsfähigkeit gegen
74 Sekundärsanktionen und damit ihre strategische Autonomie erhöht.

75 Um auf eine Entspannung in der Region hinzuarbeiten, sind Kommunikationskanäle und eine
76 grundlegende Verständigung zwischen Washington und Teheran nötig. Wir erwarten daher von
77 der

77 Bundesregierung, dass sie auf die US-Regierung einwirkt, ein realistisches und glaubhaftes
78 Angebot vorzulegen, welches die Interessenlagen Irans und anderer regionaler Akteure, allen
79 voran Israel, berücksichtigt. Denn es ist klar, dass es nicht zu einer nachhaltigen
80 Entspannung in der Region kommen wird, solange die unverminderte, aufs schärfste zu
81 verurteilende Vernichtungsdrohungen gegen Israel durch die iranische Regierung fortbestehen
82 und solange es keine Anerkennung des Existenzrechtes des Staates Israel durch Iran gibt.
83 Gleichwohl lehnen wir auch die scharfe Rhetorik des israelischen Ministerpräsidenten
84 Netanjahu ab, der die hochgefährliche konfrontative Haltung der USA gegenüber Iran
85 unterstützt und immer wieder auch die Idee eines gezielten Militäreinsatzes schürt.

86 Klar ist außerdem: Die aktuellen Bemühungen zur Bewahrung der Wiener Nuklearvereinbarung
87 dürfen keine Begründung dafür sein, dass sich die Bundesregierung bei der klaren Benennung
88 der täglichen Verletzungen von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien durch das
89 iranische Regime zurückhält.

90 Unsere Politik gegenüber Iran muss dabei auf einer Äquidistanz zu Saudi-Arabien und Iran
91 basieren und die gesamte Subregion in den Blick mit seinen sicherheitspolitischen und
92 wirtschaftlichen Fragen betrachten. Die bisherige Doppelstandard-Politik der Bundesregierung
93 ist kontraproduktiv für eine erfolgreiche deutsche und EU-Politik in der Region.

94 Für einen ganzheitlichen Regionalansatz Iran kann aufgrund seiner Größe, geostrategischen
95 Lage und Bevölkerungszahl und damit seiner regionalen Bedeutung nicht ignoriert werden, ist
96 aber unter anderem aufgrund seiner Regionalpolitik, dem ballistischen Raketenprogramm, der
97 feindseligen Haltung gegenüber Israel und der verheerenden Menschenrechtslage im Land ein
98 problematischer Akteur. In einer zunehmend fragmentierten und von Krisen und Kriegen
99 betroffenen Region ist Iran Teil des Problems, aber eben auch der Lösung.

100 Langfristig werden wir einen vertieften Dialog zwischen Iran, den Ländern des
101 Golfkooperationsrats^[2] und den weiteren Nachbarn in der Region fördern über regionale
102 Konflikte und die Frage, wie ein Prozess hin zu einer regionalen Sicherheitsarchitektur
103 gestaltet werden kann.

104 ^[1][https://www.auswaertiges-
amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/nahermittlererosten/wiener-
nuklearvereinbarung-atomprogramm-iran/202458](https://www.auswaertiges-
105 amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/nahermittlererosten/wiener-
106 nuklearvereinbarung-atomprogramm-iran/202458)

107 ^[2]<https://de.wikipedia.org/wiki/Golf-Kooperationsrat>: Kuwait, Bahrain, Saudi-Arabien,
108 Katar, Vereinigte Arabische Emirate und Oman

Begründung

Die Eskalationsspirale im Konflikt zwischen den USA und Iran, die durch den einseitigen Ausstieg der USA aus der Wiener Nuklearvereinbarung (JCPoA) durch US-Präsident Trump im Mai 2018 in Gang gesetzt wurde, dreht sich zunehmend weiter und droht den Vertrag als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument mit zusammenbrechen zu lassen, mit unvorhersehbaren Konsequenzen bis hin zu Krieg.

Iran profitiert nun nicht mehr wirtschaftlich von den internationalen Sanktionserleichterungen: Das Land kann kaum mehr Öl exportieren, europäische Unternehmen haben sich aus Angst vor US-Restriktionen zurückgezogen, der Handel ist eingebrochen, es gibt kaum mehr Finanzkanäle. Nicht einmal mehr Medikamente und humanitäre Güter können aufgrund von Selbstreglementierung und Übererfüllung von Unternehmen und fehlenden Bankverbindungen geliefert werden - auch wenn die Güter gar nicht von US-Sanktionen erfasst sind.

Deshalb unterlässt Iran die Erfüllung seiner nukleartechnischen Verpflichtungen, nachdem sich das Land laut Berichten der IAEA bis Juni vollumfänglich an diese gehalten hatte. Im Juni 2019 hat Iran, wie von der IAEA bestätigt - begonnen, Uran über die im Iran-Nuklearabkommen festgelegten Obergrenze anzureichern. Hiermit sollen die Unterzeichnerstaaten unter Druck gesetzt werden: Falls das Land nicht vom Iran-Nuklearabkommen wie vereinbart profitiere, sieht Teheran keinen Nutzen darin, sich weiter an den Vertrag zu halten, so die Botschaft. Die bisherigen iranischen Maßnahmen deutet aber daraufhin, dass man in Teheran weiter eine Verhandlungslösung anstrebt.

Der Umbau der iranischen Energieerzeugung wäre ein Win-Win-Effekt: Iran würde dadurch erhebliche Geldmittel sparen, die in die soziale Verbesserung der Bevölkerung eingesetzt werden könnten. Die Vernetzung mit den Nachbarstaaten wurde naturgemäß Spannungen mildern und künftigen Konflikten vorbeugen.

weitere Antragsteller*innen

Dirk Paul Finkeldey (KV Aurich-Norden); Hans-Josef Fell (KV Bad Kissingen); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Jürgen Janssen (KV Wesermarsch); Kerstin Dehne (KV München); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz); Uller Koenig (KV Vulkaneifel); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); René El-Saman (Bonn KV); Ingrid Bäumlner (KV Cochem-Zell); Ursula Hertel-Lenz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Berti Furtner-Loleit (KV München); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Tabitha Elkins (Alzey-Worms KV); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.